№ 6360. Sonnabend, 5. November. (Morgen-Ausgabe.) 1870.

Die „Danziger Zeitung" erscheint täglich zweimal; am Sonntage Morgen und am Montage Abends. — Bestellungen werden in der Expedition (Ketterhagergasse No. 4) und auswärts bei allen Königl. Post-Anstalten angenommen.

Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Sgr. Auswärts 1 Thlr. 20 Sgr. — Inserate nehmen an: in Berlin: A. Retemeyer, Rud. Mosse; in Leipzig: Eugen Fort, H. Engler; in Hamburg: Haasenstein u. Vogler; in Frankfurt a. M.: Jäger'sche Buchhandl.; in Elbing: Neumann-Hartmann's Buchhandl.

Danziger  Zeitung.

Telegraphische Depeschen der Danziger Zeitung.

Angekommen den 4. Novbr., 7¼ Uhr Abends.

Berlin, 4. Nov. Die „Nordd. Allg. Ztg." dementirt die Zeitungsgerüchte von angeblichen Differenzen zwischen Bismarck und den militärischen Autoritäten über den Beginn des Bombardements von Paris. Letzteres unterblieb, weil nach dem militärischen Urtheil der vollständige Angriffsapparat noch nicht herbeigeschafft sei. Die „Nordd. Allg. Ztg." bespricht dann das Angebot des Waffenstillstands unter der Aufrechterhaltung des status quo. Der Einwand, daß der drohende Hunger in der Hauptstadt den Franzosen nicht gestatte auf das Angebot einzugehen, sei nicht stichhaltig, da nach den Angaben der Belagerten Paris bis zum 15. December hinlänglich mit frischem Fleisch versehen sei; außerdem sei es nicht nöthig, daß die constituirende Versammlung in Paris zusammentrete.

Die „Kreuzztg." widerspricht der Anschauung, als wäre Paris gestattet, während des Waffenstillstandes sich zu verproviantiren. Paris wird dies nicht dürfen; im Gegentheil scheint die bedeutende Verminderung der Lebensmittel, die während des Waffenstillstandes eintreten müßte, darauf hinzudeuten, daß beide Paciscenten der Meinung sind, es werde während oder bald nach dem Waffenstillstande der Friedensschluß erfolgen.

Angekommen den 4. November, 7½ Uhr Abends.

Altona, 4. Novbr. Das General-Commando des 9. Armeecorps theilt mit: Da die französische Flotte nicht zu erwarten steht, gestattet das Generalgouvernement, daß nunmehr auch für das Gebiet der Nordsee die Wiederherstellung aller Leuchtfeuer, Betonnungen und sonstiger Schifffahrtszeichen, so wie freier Lootsenverkehr erfolgen kann.

Angekommen 4. November, 4 Uhr Nachmittags.

Amsterdam, 4. Nov. Aus Paris wird vom 1. d. M. über Tours gemeldet: am 31. October fand vor dem Rathhause eine bewaffnete Kundgebung statt, Regierungsmitglieder wurden daselbst gefangen gehalten. Ein Wohlfahrtsausschuß, darin Ledru-Rollin, Victor Hugo und Flourens, ist gebildet. Abends 8 Uhr wurden Trochu, Arago und Ferry den Aufständischen durch die Nationalgarde entrissen. Morgens 3 Uhr wurden auch andere Regierungsmitglieder durch die Nationalgarden wieder befreit. Der Bericht Trochu's über diese Vorgänge schließt: Der Waffenstillstand ist heute vorgeschlagen, er bietet mehrfache Vortheile dar, die nicht nöthig sind aufzuzählen. Anstatt dies anzuerkennen, wirft man der Regierung Schwäche und Verrath vor. Garnier, Tannsier und Pelletan sind in Folge der erlittenen Gewaltthätigkeiten erkrankt. Heute ist die Ruhe ungestört. (Wiederholt.)

Angekommen den 4. Nov., 5½ Uhr Nachmittags.

Brüssel, 4. Novbr. Das „Echo de Bruxelles" erfährt, daß die Pariser Regierung am 3. Novbr. eine allgemeine Abstimmung darüber angeordnet hat, ob die Pariser Bevölkerung die der Regierung der Landesvertheidigung übertragenen Vollmachten fernerhin aufrechterhalten wolle. — Die Gemahlin des Marschalls Bazaine ist in Brüssel eingetroffen.

Amsterdam, 4. Novbr. Aus Paris wird über Tours vom 1. Novbr. berichtet: Ein Decret der Regierung ordnet an, daß jedes Bataillon Nationalgarde, welches außerhalb der Dienstzeit bewaffnet erscheint, aufgelöst und entwaffnet wird. Mehrere Bataillonschefs, darunter Flourens, sind ihrer Stellen enthoben. Arago und die Maires nahmen ihre Demission. Am Sonntage findet eine Neuwahl der Maires statt. (Wiederholt.)

Die „landwirthschaftliche Bewegung" und ihre schutzzöllnerischen und socialistischen Tendenzen.

Man wird nicht leicht mehr Irrthümer in dem engen Rahmen einer Zeitungsspalte anhäufen können, als es in dem mit Hagedorn unterzeichneten Eingesandt in No. 6348 dieser Ztg. geschehen ist. Wenige Andeutungen werden genügen dies aufzuweisen.

Der Verfasser sagt wörtlich: Durch volkswirthschaftliche Begünstigung strömten (!) bis 1862 den Eisenbahnen in Preußen ca. 477 Millionen Rᵼ vom National-Capital zu; die Actien-Vers.-Gesellschaften absorbirten (!) für sich ca. 71 Millionen Rᵼ; die Berg- und Hüttenwerke verschlangen (!) ca. 100 Millionen Rᵼ in Actien; die norddeutschen Banken nehmen im Interesse des Handels, des Geldcapitals und der Großindustrie in Form von Actien ca. 112 Mill. Rᵼ für sich allein in Anspruch; und führt dann aus, wie durch die Ausschließung (!) der ländlichen Grundbesitzer vom Geld- und Lombardverkehr seit 1864 demselben jährlich der Umsatz von ca. 105 Mill. Rᵼ entzogen ist u. s. w. Gegen alle diese Posten, heißt es weiter, participirt (!) der ländliche Grundbesitz in den alten Provinzen bei einem soliden Werth von ca. 1530 Mill. Rᵼ nur mit ca. 116 Mill. in Pfandbriefen und der Handelswaare hinter diesem Betrage. In wieweit die gegebenen Zahlen richtig sind, haben wir nicht zu untersuchen; auch ist dies hier gleichgiltig.

Nach der in dem Aufsatz dargelegten Auffassung würde das Saldo zu Gunsten der Grundbesitzer sich um so günstiger gestalten, je größer der Antheil ist, den dieselben vom Nationalcapital absorbiren, d. h. also je mehr Schulden sie haben. Nicht die Activa, sondern die Passiva ist es, die nach dieser Anschauung ins Gewicht fällt. Man möchte die Gesetzgebung in die Schranken rufen und von ihr Maßnahmen fordern, die dem ländlichen Grundbesitz leichter und mehr Capital zuführen — nebenbenbei gesagt zu niedrigem Zins und unkündbar und womöglich gegen eine ewige Rente nach Rodbertus-Jagetzow.

Der Verfasser steht also ganz auf socialistischem Boden, denn er theilt mit den socialistischen Schulen den Haß gegen das Capital; versteht sich ohne es zu wissen, da wir annehmen, daß er Grundbesitzer und folglich Capitalinhaber ist. Für diejenigen, welche mit dieser nagelneuen landwirthschaftlichen Sociallehre nicht bekannt sind, sei es gesagt, daß dieselbe ihre Angriffe nur gegen das mobile Capital richtet. Der ländliche Grundbesitz bildet nach dieser Auffassung so eine Art Ausnahme, ihm gebührt eine bevorzugte Stellung, die bisher nur noch nicht anerkannt worden ist. Was fragen Schweitzer und Genossen jedoch nach dieser willkürlichen Unterscheidung. Sie würden einwerfen: wenn der Grundbesitz in den sechs alten Provinzen ca. 1530 Mill. Rᵼ Grundwerth hat, gehört nach Abzug von 765 Mill. Rᵼ Schulden die andere Hälfte Euch. Dies ist eine respectable Summe, womit man den armen Feldarbeitern schon ein wenig aufhelfen kann. Indessen wollen wir nicht wie die Communisten auf Grund der Brüderlichkeit sofort tabula rasa machen, sondern vorerst nur durch Vermittelung der Staatsgewalt auf eine gerechtere Vertheilung der erarbeiteten und ersparten Werthe zu unseren Gunsten hinwirken. Uebrigens wird es ihnen, zumal den socialistischen Grundbesitzern gegenüber, an plausiblen Gründen nicht fehlen. Wenn die Eisenbahnen, Posteinrichtungen und Telegraphen u. s. w., die Versicherungs-Gesellschaften, die Berg- und Hüttenwerke, die Nordd. Banken mit ihrem Geld- und Lombardverkehr über Nacht verschwänden, würde dann noch der Grundbesitz die gleich hohe Rente abwerfen und folglich eben so viel werth sein, als zuvor? Und doch sind diese Institute und Einrichtungen zum kleinsten Theil von Landwirthen geschaffen. In der That ist es ein wirthschaftliches Naturgesetz, daß im großen Ganzen so ziemlich Alles, was ein Culturvolk schafft und erspart, schließlich vom Grundbesitz mehr oder minder eingefangen wird, gleichviel wer auch die Kosten getragen oder sonst dafür mitgewirkt hat. Selbst der Krieg, der jetzt für die dauernde Sicherung unserer Grenzen geführt wird, kommt, so einschneidend vorerst und für einige Zeit seine Wirkung auch sein man, in seinen glücklichen Erfolgen schließlich dem Grundbesitz in sehr viel höherem Maße materiell zu Gute, als anderen Berufsklassen. In wie weit diese Vortheile aus den natürlichen Gesetzen des Güterlebens resultiren und daher vollkommen berechtigt sind, werden die socialistischen Führer der Arbeiterklassen nicht untersuchen. So subtil unterscheiden sie nicht. Sie halten sich vielmehr an den Augenschein, an die auf der Oberfläche liegenden, und an die greifbaren Resultate, just wie die socialistischen Grundbesitzer auch. Wir können abbrechen. Früher oder später stoßen diese beiden socialistischen Schulen vielleicht auf einander, dann mögen sie den Streit unter sich ausmachen. Sollte es dagegen „der landwirthschaftlichen Bewegung" gelingen, einige der bestehenden Monopole und Privilegien zu conserviren, oder wohl gar solche für sich und andere erringen zu helfen, und ganz ohne Wirkung, wenn auch nur indirecter Weise, wird sie nicht sein, so würden damit jenen Socialisten weitere willkommene Vorwände geboten werden.

Die in dem Aufsatz entwickelten Grundsätze sind jedoch nicht nur socialistisch, sie sind auch schutzzöllnerisch. Zwar scheint der Verfasser ein Gegner der Eisenzölle und der Mahl- und Schlachtsteuer und hat folglich einige freihändlerische Erinnerungen. Was sind sie jedoch werth, wenn er andererseits in den ermäßigten Frachtgut-Klassen eine ungerechtfertigte Belastung der Landwirthschaft steht. Die Differentialtarife für den Durchgangs- und großen Verkehr führen den deutschen Consumenten und dem Weltmarkt vermehrte Brodstoffe zu und machen freilich dem deutschen Ackerbauer eine fortlaufende und zunehmende Concurrenz, die recht unbequem ist. Nun möchte man wohl die Vortheile der raschen und billigen Verfrachtung für sich genießen, dagegen die Zufuhren aus aller Herren Länder soviel wie möglich verringern. Man stellt sich folglich auf den nationalen Standpunkt und fordert einen Schutz gegen die ausländischen Producenten, wie man einen Schutz gegen die bösen Capitalisten ausfindig machen möchte, die ihre Capitalien nach Gefallen oder wohl gar im Auslande anlegen. Es ist wahr, dem Eisenbahnbau sind Monopole gewährt worden; gegen einzelne Bestimmungen des Handelsministers lassen sich Einwendungen erheben. Den Eisenbahn-Directionen sind kleinliche Auffassungen oft genug nachgewiesen worden. Statt jedoch die größten Mängel weiter zu begründen und auf ihre Abhilfe zu dringen, will man die schwere Hand des Staates auf die Capitalinhaber der Eisenbahnen herabrufen, als ob wir nicht schon genug Reglementirerei hier wie anderwärts hätten. Wenn man für den Lokalverkehr dieselben Frachtsätze wie für den großen Verkehr fordert, so kämpft man gegen die erleichterte Concurrenz, d. h. also gegen die Wohlfeilheit der Brodstoffe, ganz wie die Schutzzöllner auch. Denn auch diese sind Freihändler im Princip, mit dieser oder jener Ausnahme, die ihre speciellen Interessen berührt.

Der Verfasser schließt: „Die Steuerreform ist daher aus allen angedeuteten Gründen der Culminationspunkt der landwirthschaftlichen Bewegung; erheben wir sie zu unserm Panier. Diese Bewegung ist vom landwirthschaftlichen Congreß und seinen Führern, den Abgeordneten v. Saenger und Sombart ausgegangen und wird namentlich von den nordd. Landwirthen und in neuerer Zeit theilweise von der „Land- und forstwirthschaftlichen Ztg." vertreten. Es wäre jedoch voreilig ihr einen weitergreifenden Einfluß auf die Landwirthe zuzutrauen, zumal in der Provinz Westpreußen. Immerhin wird der wirthschaftliche Fortschritt dadurch beeinträchtigt und aufgehalten. Denn es ist keine Frage, daß recht rührige Kräfte den Bestrebungen für weitere Ermäßigung der Schutzzölle, für eine gesunde Selbstverwaltung und somit für Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer auf diese Weise leider verloren gehen.

Zum Schluß noch eine Frage. Diese Führer der „landwirthschaftlichen Bewegung" gehören in der Mehrzahl den Kreistagen an, oder leiden wohl gar darunter. In beiden Fällen stehen ihnen Beobachtungen und Erfahrungen zu Gebote. Was ist überdies für den Kulturfortschritt unseres Volkes, der doch in erster Reihe dem Landbau zu Gute kommen muß, wichtiger als die grundlegenden Gesetze der Selbstverwaltung. Warum treten nun diese Grundbesitzer auf dem Congreß und in den Fachblättern nicht für die Gemeinde- und Kreisordnung ein, und warum machen sie jetzt den bevorstehenden Wahlen gegenüber diese Angelegenheit nicht zu der ihrigen? Sie müßten bei eingehender Prüfung sehr bald finden, daß die Mahl- und Schlachtsteuer einer Selbstverwaltung der Gemeinden und Kreise gegenüber unhaltbar ist, daß die neue Grund- und Gebäudesteuer eine ganz ungeeignete Staatssteuer ist und der ländlichen und städtischen Selbstverwaltung zu dienen hat, daß die städtischen Binnenzölle in unmittelbarem Zusammenhange mit den Schutzzöllen stehen, diese ohne jene nicht zu halten sind, und daß eine so gewonnene gesunde Selbstverwaltung in Stadt und Land der sicherste Schutz des Eigenthums ist. Warum sind sie nun einer so wichtigen Frage gegenüber so zurückhaltend? Weil gerade die enragirtesten Vertreter der „landwirthschaftlichen Bewegung" in ihren Kreistagen, gleichviel ob bewußt oder unbewußt, die Kreislasten abwälzen und einer thatsächlichen Selbstverwaltung direct ein Hinderniß bereiten. Denn über eine ungerechtfertigte Kostenvertheilung zu Ungunsten Anderer muß der Büreaukratie selbstverständlich im Interesse dieser ein Aufsichtsrecht zustehen. Selbstverwaltung und bureaukratische Bevormundung stehen jedoch in directem Widerspruch. Der § 9 der Kreisordnungsvorlage mit seiner Norm für die Lastenvertheilung durch die vom Abgeordnetenhause abgeänderten Bestimmungen lassen in dieser Beziehung überall keinen Zweifel. Weil ferner die neue phantastische landwirthschaftliche Sociallehre wie eine Seifenblase verrinnen würde, sobald man sich die Mühe nehmen wollte, in die Frage der Selbstverwaltung tiefer einzudringen, und weil es interessanter scheint hohe Socialpolitik zu treiben, als sich an den einfachen, nächstliegenden und praktischen Fragen genügen zu lassen.

Steinbach-Preuß. Lanke.

BAC. **Berlin**, 3. Nov. [Zur deutschen Einheit.] Wenn es wahrscheinlich ist, daß der Frieden erst in Paris dictirt wird, so ist doch stark zu hoffen, daß der höchste Siegespreis, die deutsche Einheit, schon in Versailles zum Abschluß kommt, wenigstens so weit sie von den fürstlichen Verträgen abhängt; Badens und Hessens Anschluß ist wohl schon unterzeichnet, Württemberg macht keine große Schwierigkeiten, und darum ist auch anzunehmen, daß Bayerns Bedenklichkeiten bald schwinden werden. Wie lange könnte denn die bayerische Regierung, auch wenn sie wollte, sich der herrschenden Strömung entziehen und sich in Deutschland isoliren?! Wir zweifeln nicht, daß das in ihr erwachte Nationalgefühl von der heimkehrenden Armee befestigt und gehoben wird und daß, dieser gegenüber, alle partikularistischen Tendenzen nothgedrungen zurücktreten. Unsere prächtigen Waffenbrüder vom Inn und von der Donau werden sich nicht mehr mit den alten Allianz-Verträgen abspeisen lassen, wenn auch die preußische Regierung noch einmal darauf eingehen wollte. Das bayerische Volk wird von der deutschen Nationalgesetzgebung nicht ausgeschlossen sein wollen und die bayrische Regierung würde nicht verlangen können, daß für sie allein das allseitig verurtheilte und verschmähte Institut des Zollparlaments aufrecht erhalten bliebe. Freilich ist das alles nur Hypothese; denn kaum glaublich wäre ein Zurückbleiben Bayerns, das sich künftig weder im Osten an Oesterreich, noch im Westen an Frankreich anlehnen könnte, selbst wenn jemals ein bayerischer Staatsmann solche landesverrätherische Gelüste hegen möchte. Was Bayern an diplomatischer und militärischer Staatshoheit der Centralgewalt abtritt, sind nur Schein-Rechte und Schein-Gewalten, seine Politik kann sich fürderhin doch nur im Fahrwasser der deutschen Nationalpolitik bewegen. Was es dagegen im Bundesstaate an Sicherheit, innerer Befriedigung, ökonomischer Blüthe, nationaler Gesetzgebung und Achtung im Auslande gewinnt, ist höchst reeller Gewinn.

— Das „Südd. Corresp.-Bureau" meldet d. d. München, 1. Nov.: Von gut unterrichteter Seite wird uns die Mittheilung, die Verhandlungen in Versailles seien soweit gediehen, daß die Südstaaten eine gemeinschaftliche Vertretung des deutschen Bundes annehmen. Baden, Württemberg würden Post- und Telegraphenwesen an Deutschland abtreten und die Eisenbahn-Fahrpläne den Bestimmungen des Bundes unterordnen. Bayern habe nur Letzteres zugesagt. Ueber ein gemeinsames Parlament, sowie das Verhältniß der deutschen Fürsten zum Bundesoberhaupt, welches den Kaisertitel annehmen dürfte, seien die Verhandlungen noch in Schwebe.

— Aus Wien vom 2. Nov. berichtet man den „H. N.": Die Existenz von irgend welchen österreichisch-preußischen Verhandlungen über eine Modification des Prager Friedens wird hier bestimmt geleugnet.

— [Schwert und Pflug] Daß unsere Truppen bei Paris, wo die Landleute entflohen sind, die mit Vernichtung bedrohte Ernte mehrfach selbst in die Scheuern gefahren und gedroschen, ist bereits mitgetheilt. Wie der „N. St. Z." aus der Umgegend von Metz berichtet wird, wurden in den letzten Wochen dort mehrfach den Landbewohnern auch die Pferde unserer preußischen Artillerie behufs Beackerung des Landes zur Verfügung gestellt und es gewährte einen eigenthümlich rührenden Anblick, diese deutschen Kriegsrosse in dem neugewonnenen, mit Blut gedüngten lothringischen Boden behutsam die nährenden Furchen um jene Hüge

ziehen zu sehen, welche sich über den zahlreichen Gräbern der gefallenen Helden wölben.

Kassel, 1. Nov. Bazaines hat gleich nach seiner Ankunft 7 seiner mitgebrachten Pferde an einen Roßhändler für je 1000 Fr. verkauft. — Der „Kreuzztg." schreibt ein Correspondent von hier: „Den Marschall Bazaine, den einzigen der angemeldeten Marschälle, der bis jetzt eingetroffen ist, sah ich; er fuhr zur Meldung zum Grafen Monts und zum General Plonski und von da nach Wilhelmshöhe zum Kaiser. Er sieht ganz verzweifelt aus; meine Begleiter und ich wir mußten die Blicke abwenden, wir konnten den Anblick dieses Mannes nicht ertragen. . . . Das Wetter hier ist entsetzlich, kein Wunder, daß der Kaiser das Schloß nicht verläßt und daß die Gerüchte seines Wohnungswechsels stets von Neuem auftauchen. Entschieden kann ich es dementiren, daß bis heute seinerseits der Wunsch danach geäußert worden ist." — Gerüchtweise verlautet, daß fünfhundert Offiziere der Armee von Metz Kassel als ihren Aufenthaltsort angewiesen bekommen hätten.

Frankreich = Tours, 1. Nov. Der Contreadmiral Bouet de Villaumez hat aus Gesundheitsrücksichten seine Entlassung genommen; in seiner Stelle ist Admiral Pentival zum Commandeur des Nordgeschwaders ernannt worden. — Der militärische Ausschuß zur Vertheidigung von Tours hat eine Anzahl Vertheidigungsmaßregeln angeordnet. Aus allen benachbarten Ortschaften sollen die Thiere, das Getreide und alle Fourage vollständig entfernt werden, wenn die Verbarrikadirung der Wege vollendet ist; alle Männer, welche nicht an der Vertheidigung Theil zu nehmen im Stande sind, so wie die Frauen, sollen die Stadt verlassen, sobald der Feind erscheint. Die Maires der rückwärtsliegenden Ortschaften sind angewiesen, diese Ausgewiesenen unterzubringen und zu beköstigen, wofür der Ausschuß Zahlung leisten wird. — Heute Nachmittag überbrachte eine Deputation, begleitet von einem Haufen von 2000 Personen, Gambetta eine Adresse, in welcher eine allgemeine Volkserhebung gefordert wird, so wie die Einsetzung von Departements-Commissionen, um die Vertheidigung zu beschleunigen. Gambetta hielt bei dieser Gelegenheit eine sehr leidenschaftliche, mit vielem Beifall aufgenommene Rede, in der er die Bürger aufforderte, sich selbst zu bewaffnen und zu siegen oder zu sterben ꝛc. — Der „Moniteur" tadelte bei der Ankündigung der Capitulation von Dijon heftig die Abwesenheit der Truppen Garibaldis und Cambriels, welche der Stadt hätten zu Hilfe kommen sollen. Dasselbe Blatt äußert seine Ungeduld über die Unthätigkeit der Loire-Armee, welche jetzt wenigstens 100,000 Mann (?) stark sein müsse und hinreichend (?) mit Artillerie ausgerüstet sei. — Die Nachrichten aus Paris reichen bis zum 28. October. Man berechnet, daß das frische Fleisch bis zum 15. December, das Salzfleisch dann noch 5 Wochen länger vorhalten wird. Es waren noch 40,000 Pferde, 168,000 Ochsen und 410,000 Schafe vorhanden. (T. d. „D. N.")

— Das „Stockholmer Dagbladed" meldet, daß die Schwedische Regierung ihren Gesandten in Paris zur Abreise ermächtigt hat. Nur der Gesandtschaftssecretair wird dort zurückbleiben.

— Pierre Leroux, der früher oftgenannte „Philosoph", Socialist und Verfasser vieler Schriften, 1848 und 1849 auch Volksvertreter (geb. 1798 in Paris), lebt in Nantes in so bedrängten Verhältnissen, daß der „Phare de la Loire" eine Subscription für ihn eröffnet hat.

Italien. Florenz, 30. Oct. Die Ministerkrisis gährt langsam weiter. Das Cabinet hält eine Berathung über die andere und wird dadurch nicht einiger. Dabei will aber auch Niemand gern sein Portefeuille aufgeben, darum wartet man ab und verschiebt die Entscheidungen. Giebt es etwas Nothwendiges mit dem König zu conferiren, so müssen sich die Herren Minister entschließen, ihm nachzureisen, was auch viele Störungen giebt. Das Kriegsministerium hat die Bestimmung erlassen, daß trotz der in den letzten Jahren erlangten vortrefflichen Ergebnisse, die Unteroffiziere des Heeres „aus rein militairischen Gründen" nicht mehr die Normalschulen besuchen dürften. Dies Verbot ist besonders schmerzlich für die jungen Leute, welche, nachdem sie den Militärdienst verlassen haben, danach streben, Stellen als Elementarlehrer zu erhalten. Deutlich genug aber erkennt man, daß die Regierung das Licht des Unterrichts für ihre Soldaten fürchtet. Die in Lima wohnenden Italiener, großentheils Genueser, haben beschlossen, dort auf einem Platze der Stadt eine Bildsäule Mazzini's zu errichten. Sie haben zur Ausführung derselben den Genueser Bildhauer Saccomanno bestimmt, der bereits das Modell angefertigt hat. Die nöthige Summe ist schon gezeichnet.

Börsen-Depesche der Danziger Zeitung.

Berlin, 4. Novbr. Angekommen 5 Uhr 30 Min. **Abends.**

		Crs. v. 3.			Crs. v. 3.
Weizen pr Nov.	73 1/2	72 6/8	4 1/2 % Pr. Anleihe .	91 5/8	91 6/8
pr Apri-Mai .	74 6/8	74 4/8	Staatsschuldsch. .	80 1/2	80 1/8
Roggen matt,			3 1/2 % ostpr. Pfdbr.	77 6/8	77 6/8
Regulirungspreis	49 7/8	50	3 1/2 % westpr. do. .	72 5/8	72 4/8
Nov.-Dec. . . .	49 7/8	49 7/8	4% westpr. do. . .	78 7/8	78 6/8
Dec.	50 2/8	50 3/8	Lombarden . . .	97 4/8	96 6/8
April-Mai . . .	52	52 1/8	Bundesanleihe . .	97 2/8	97 2/8
Rüböl, Nov. . .	14 1/8	14 1/24	Rumänier	61 4/8	60
Spiritus fest,			Oestr. Banknoten .	83 5/8	83 6/8
Nov.-Dec. . . .	16 8	16 7	Russ. Banknoten .	78 4/8	78 4/8
April-Mai . . .	17 6	17 5	Amerikaner	96 4/8	96 4/8
Petroleum			Ital. Rente	56	55 4/8
Nov.	7 8/24	7 8/24	Danz. Stadt-Anl. .	—	97
5% Pr. Anleihe .	99 6/8	99 6/8	Wechselcours Lond.	—	6.22 4/8

Fondsbörse: Schluß fest.

Meteorologische Depesche vom 4. November.

Morg.		Barom.	Temp. R	Wind.	Stärke.	Himmelsansicht.
6	Memel . . .	337,6	+ 5,0	W	stürmisch	trübe, Regen.
7	Königsberg	338,3	+ 3,2	SW	stark	bedeckt.
6	Danzig . . .	339,2	+ 3,7	W	stark	bedeckt.
7	Cöslin . . .	326,9	+ 2,5	W	mäßig	bedeckt.
6	Stettin . . .	340,4	+ 3,2	WNW	mäßig	bedeckt.
6	Putbus . .	336,9	+ 5,0	NW	mäßig	bedeckt.
6	Berlin . . .	340,1	+ 3,6	SW	schwach	bewölkt.
6	Köln	340,4	+ 0,6	NNO	schwach	starker Nebel.
6	Trier	334,3	— 0,3	NO	schwach	heiter, neblig, Reif.
7	Flensburg.	340,3	+ 5,9	NW	mäßig	bezogen, Nachts Reg.
7	Paris . . .	—	—	—	—	fehlen.
7	Haparanda	—	—	—	—	fehlen.
7	Helsingfors	—	—	—	—	fehlen.
7	Petersburg	—	—	—	—	fehlen.
6	Moskau . .	—	—	—	—	fehlen.
8	Stockholm.	—	—	—	—	fehlen.
8	Havre . . .	—	—	—	—	fehlen.
8	Helder . . .	342,3	+ 7,6	NNW	schwach	—

Redaction, Druck u. Verlag von A. W. Kafemann in Danzig.